

Weniger Geld für faule Beamte

Der Vorsitzende des Deutschen Beamtenbundes (dbb), Peter Heesen, hat sich für eine Bezahlung von Beamten nach Leistung ausgesprochen: "Wer dauerhaft selbst verschuldet schlechte Leistungen bringt, muss heruntergestuft werden."

„Wir brauchen eine leistungsgerechte Bezahlung“, sagte der Gewerkschafts-Chef der Berliner Zeitung.

Das erhöhe den Anreiz und die Motivation. Eine leistungsgerechte Bezahlung bedeute aber auch: „Wer dauerhaft selbst verschuldet schlechte Leistungen bringt, muss heruntergestuft werden“, betonte Heesen.

„Wir brauchen mehr Eingriffsmöglichkeiten bei faulen Beamten“, erklärte Heesen. Denn solches Verhalten sei nicht nur unkollegial. „Wir haben zu aller erst gute Leistungen für den Bürger zu erbringen“, sagte der dbb-Vorsitzende.

Berufsbeamtentum nicht abschaffen

Heesen wandte sich ge-

gen Forderungen nach Abschaffung des Berufsbeamtentums. Er verwies darauf, dass der Staat höhere Ausgaben hätte, wenn er die Stelle eines Beamten durch einen Angestellten ersetzen würde. „Dies kann der Staat nicht finanzieren“, sagte Heesen.

Das gleiche gelte für die Einbeziehung der Beamten in die gesetzliche Renten- und Krankenversicherung. „Die Finanzminister würden einen Horror kriegen“, sagte Heesen.

Er wies auch Forderungen von jüngeren SPD-Abgeordneten zurück, den Beamtenapparat zu reduzieren und Lehrer nicht mehr zu verbeamen. Die Frage nach dem Berufsbeamtentum entscheide sich ganz pragmatisch, wo der Staat und die Bürger Verlässlichkeit erwarteten.

Er forderte zudem ein Recht auf Fortbildung für Beamte. „Nur so kann die Qualität steigen.“ Wer davon nicht Gebrauch mache, müsse „Nachteile in Kauf nehmen, etwa bei der Beurteilung und damit bei der Beförderung“.

Der dbb-Chef plädierte darüber hinaus für flexiblere Arbeitszeiten bei Beamten. „Dadurch könnten wir erreichen, dass Ämter länger geöffnet haben, ohne dass dies für den einzelnen Beamten zu Mehrarbeit führt.“

(sueddeutsche.de/AP-dpa)

Schwarzarbeit im Haushalt soll Straftat werden

Wer seine Putzfrau schwarz beschäftigt, muss künftig offenbar mit hohen Bußgeldern rechnen.

Wer die Putzfrau schwarz beschäftigt oder im Eigenheim Handwerker ohne Rechnung arbeiten lässt, muss nach Informationen des Handelsblatt künftig mit Strafverfolgung rechnen. Mindestens 1500 Euro Bußgeld sollen fällig werden, wenn die Schwarzarbeiter den Zollfahndern auffallen und der Auftraggeber keine Rechnung von Putzfrau oder Handwerker vorlegen kann, wie die Zeitung in ihrer Freitagausgabe aus einem Entwurf von Bundesfinanzminister Hans Eichel für das „Gesetz zur Intensivierung der Bekämpfung

der Schwarzarbeit und damit zusammenhängender Steuerhinterziehung“ zitiert.

Bisher begehen Privatleute eine Ordnungswidrigkeit, wenn sie jemanden für ein Handgeld arbeiten lassen. Mit den neuen Vorschriften wolle Eichel „enorme Einnahmeausfälle bei den Sozialkassen und beim Fiskus“ eindämmen.

Pflanze für den Nachbarn

Generell soll künftig jede nicht bei Sozial- oder Finanzbehörden angemeldete bezahlte Dienstleistung als Wirtschaftskriminalität gelten und vom zuständigen Zoll in enger Zusammenarbeit mit den Finanzämtern verfolgt werden.

Nachbarschaftshilfe darf dem Gesetzentwurf zufolge allenfalls durch „kleine Aufmerksamkeiten“ wie einen Blumenstrauß oder eine Gartenpflanze belohnt werden, um nicht als Delikt zu gelten.

(sueddeutsche.de/AFP)

US-Experten dürfen angeblich Atomanlage besuchen

Eine Delegation von Fachleuten soll noch vor der Wiederaufnahme der Sechs-Nationen-Gespräche über das nordkoreanische Atomprogramm in den umstrittenen Reaktorkomplex Yongbyon hineingelassen werden.

Das berichtet die Zeitung USA Today. Erstmals seit dem Beginn der Krise um Nordkoreas Atomprogramm vor mehr als einem Jahr erhielt damit eine ausländische Delegation wieder Zutritt zu Nordkoreas Atomanlagen. Bisher ist die Reise nicht offiziell angekündigt worden.

Nordkorea hatte Ende 2002 die Zusammenarbeit mit der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO) abgebrochen, die UN-Waffenkontrollure des Landes verwiesen und den Austritt aus dem Atomwaffensperrvertrag verkündet.

Nuklearwaffentaugliches Plutonium gewonnen

Im vergangenen Oktober hatte das Land erklärt, etwa 8000 in Yong-

byon gelagerte gebrauchte Atombrennstäbe wieder aufgearbeitet und daraus nuklearwaffentaugliches Plutonium gewonnen zu haben.

Die Regierung von US-Präsident George W. Bush habe dem Besuch, der vom 6. bis 10. Januar stattfinden soll, bereits zugestimmt. Der Besuch würde somit noch vor der geplanten Wiederaufnahme der Sechs-Nationen-Gespräche über eine Beendigung des nordkoreanischen Atomprogramms zu Stande kommen.

Nach Informationen von USA Today soll der Delegation unter anderen Sig Hecker angehören, der von 1985 bis 1997 Direktor der Atomlaboratorien in Los Alamos war. Dort wurde die erste amerikanische Atombombe gebaut. Darüber hinaus gehören dem US-Expertenteam unter anderen zwei außenpolitische Berater des US-Senats sowie ein früherer Mitarbeiter des US-Außenministeriums an.

„Der Bericht ist wahr“

„Der Bericht ist wahr“, sagte ein Gewährsmann im südkoreanischen Au-

ßenministerium. „Die amerikanische Seite hat uns über die Reise informiert.“ Nach Angaben der südkoreanischen Nachrichtenagentur Yonhap erklärte ein Mitarbeiter der Behörde: „Das ist ein starkes Anzeichen dafür, dass Nordkorea die Krise nicht weiter eskalieren lassen will.“

Die USA hatten dem kommunistischen Nordkorea im Herbst 2002 vorgeworfen, entgegen einer 1994 getroffenen Vereinbarung ein geheimes Atomprogramm zu betreiben und das Land aufgefordert, sein Atomprogramm im Gegenzug für Finanzhilfe und eine Verbesserung der Beziehungen einzustellen.

Nordkorea fuhr den gemäß dieser Vereinbarung geschlossenen Atomreaktor Yongbyon wieder hoch, um nach eigenen Angaben Lücken in der Energieversorgung des Landes zu schließen. Die mit der Überwachung der Anlage beauftragten Inspektoren der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) wurden ausgewiesen.

(sueddeutsche.de/AP-dpa/AFP)

Einzelhandelswerte profitieren von leicht positivem Ausblick

FRANKFURT (dpa-AFX) - Einzelhandelswerte sind am Freitag mit positiver Tendenz in das neue Handelsjahr gestartet. Nach der schwachen Entwicklung des Sektors in den vergangenen Wochen helle sich die Stimmung wieder etwas auf, heißt es aus dem Handel. METRO-Aktien legten bis 10.50 Uhr um 1,14 Prozent auf 35,35 Euro etwas stärker zu als der DAX, der um 0,88 Prozent auf 4.000,23 Punkte anzog. Im MDAX zählten KarstadtQuelle mit plus 2,19 Prozent auf 20,03 Euro zu den größten Gewinnern.

Nach Einschätzung von HVB-Analyst Volker Basse gewinnt der leicht optimistische Ausblick für den Sektor im neuen Jahr wieder stärker die Oberhand, nachdem die Aktien zuletzt von einem enttäuschenden Weihnachtsgeschäft gedrückt worden seien. Der Einzelhandels-Experte der HVB wertete somit den positiven Branchentrend im frühen Freitagshandel vor allem als eine Reaktion auf die jüngsten Kurs-

verluste. Die leicht optimistischen Töne zum immer wichtigeren Nach-Weihnachtsgeschäft sollten allerdings nicht überbewertet werden und kehrten das schwache Bild wohl nicht um.

Ein weiterer Analyst bestätigte die leichte Stimmungswende ins Positive. Nach der Korrektur der Aktien in Reaktion auf Enttäuschungen über den Reform-Kompromiss und das schwache Weihnachtsgeschäft seien die wichtigsten Belastungsfaktoren nun verarbeitet./fa/tw

Deutsches Schiff mit Atomfracht gestoppt

Zwei Monate vor der Erklärung des libyschen Machthabers Muammar el Gaddafi, auf die Herstellung von Massenvernichtungswaffen zu verzichten, haben die USA einen deutschen Frachter mit Teilen für Libyen zum Bau einer Gasultra-zentrifuge (GUZ) abgefangen. Von Hans Leyendecker

(SZ vom 2.1.2004) — Mit Hilfe einer GUZ haben mehrere Länder, darunter Pakistan und Nordkorea, illegal Atombomben gebaut. Das Schiff mit dem Namen

"BBC China", das Ware im Wert von mehr als zehn Millionen Euro an Bord hatte, sollte Anfang Oktober in Libyen ankommen. Offenbar gibt es mittlerweile weltweit einen Schwarzmarkt für GUZ-Teile.

Die Aufdeckung der geplanten Lieferung war eine Geheimdienstaktion der Briten und Amerikaner. Diese hatten Ende September erfahren, dass ein Frachter der in Leer ansässigen Reederei "BBC Chartering and Logistic GmbH" Teile für die GUZ in Dubai geladen und Kurs auf Libyen genommen hatte.

Die amerikanischen und britischen Dienste schalteten die Bundesregierung ein und baten um Hilfe: Das Schiff solle gestoppt und nach Italien umgeleitet werden. Die Bundesregierung nahm mit dem Schiffseigner Kontakt auf, der sich Regierungsstellen zufolge sehr kooperationsbereit gezeigt hatte. Nach dem Passieren des Suez-Kanals nahm das Schiff gleich Kurs auf einen Hafen in Süditalien, damit die Ladung inspiziert werden konnte. Ein amerikanisches Kriegsschiff folgte dem Frachter.

Gefälschte Papiere

Weder der Besatzung noch der Reederei soll bekannt gewesen sein, dass Teile für eine GUZ im Wert von mehr als zehn Millionen Euro in Dubai an Bord gekommen waren. In den Frachtpapieren war die Ladung von dem Auftraggeber, bei dem es sich nach Informationen der Süddeutschen Zeitung um eine Firma aus Asien handelt, anders deklariert worden.

Atomspezialisten der britischen und amerikanischen Behörden sichten die Ladung und ließen sie beschlagnahmen. Es soll sich um wichtige Teile für die hochkomplizierte Gasultrazentrifuge gehandelt haben. Wie die SZ erfuhr, sollen in den Deal auch britische Geschäftsleute involviert gewesen sein. Möglicherweise sind die Dienste auf diesem Weg auf den Schmugglerring gestoßen. Nach Angaben aus Expertenkreisen gibt es weltweit mittlerweile einen Schwarzmarkt für GUZ-Teile.

Die Amerikaner haben mittlerweile zwar den deutschen Behörden für

ihre Kooperation gedankt, ihnen aber keine Auflistung der Ladung übermittelt. Seit dem Irak-Krieg geben vor allem die amerikanischen Dienste in sensiblen Bereichen wenig Informationen an Länder weiter, die sich nicht am Krieg beteiligt haben. Es ist unklar, ob Libyen wegen des Fundes jüngst den Stopp seines Atomprogramms erklärt und seine Atomanlagen für Inspektionen der Internationalen Atomenergieagentur (IAEA) geöffnet hat.

Amerikanische Regierungsstellen sehen einen Zusammenhang, britische Regierungsstellen äußern Zweifel.

Schon im Frühjahr 2003 hatten Geheimgespräche der Amerikaner und der Briten mit der Regierung in Tripolis über einen Stopp des Programms zur Herstellung von Massenvernichtungswaffen begonnen. Die Libyer sollen sich aufgeschlossen gezeigt haben. Doch lehnten sie es bis zur Sicherstellung der Ladung ab, Inspektionen zuzulassen. Zuletzt kündigte Libyen mehrmals an, das Zusatzprotokoll zum Atomwaffensperrvertrag zu unter-

zeichnen. Die USA beharren jedoch auf genaue Informationen über die Kontrollen der Atomenergiebehörde in Libyen.

Washington erwarte eine gründliche Untersuchung und mehr Details über den Besuch der IAEA-Delegation in Libyen, sagte ein Außenamtssprecher in Washington. Es sei noch zu früh, über die Ernsthaftigkeit des libyschen Versprechens zu urteilen, auf Massenvernichtungswaffen zu verzichten. Es stehe ein langer Prozess bevor; ein Besuch reiche nicht aus, um sich ein vollständiges Bild der libyschen Waffenprogramme zu machen. Der Leiter der IAEA, Mohammed el-Baradei, hatte sich von Samstag bis Montag in Libyen aufgehalten und mehrere Atomanlagen besichtigt.

Erdbeben auf Ferieninseln

Ein Mann stirbt auf der indonesischen Insel Lombok. Dort und auf Bali werden mindestens 29 Menschen verletzt. In Mexiko löst ein weiterer Erdstoß Panik aus

Jakarta/Mexiko-Stadt - Bei einem Erdbeben in

Indonesien sind am Freitagmorgen ein Mensch getötet und mindestens 29 weitere verletzt worden. Nach Polizeiangaben erlitt ein älterer Mann während der Erdstöße in Mataram auf der Ferieninsel Lombok einen Herzinfarkt.

Drei Kinder hätten Verletzungen erlitten. Etwa 250 Gebäude sei beschädigt worden. Das Beben hatte nach Angaben der Behörden die Stärke 6,1 auf der Richter-Skala.

Schwere Erdbeben haben die Menschen in der Millionenmetropole Mexiko-Stadt und der westmexikanischen Küstenregion in Panik versetzt. Ein Beben der Stärke 5,3 auf der Richterskala ließ am Donnerstag die mexikanische Hauptstadtregion sowie das Gebiet um den Badeort Acapulco erzittern.

Dies teilten Erdbebenwarnorganisation SAS und der Zivilschutz mit. Größere Schäden entstanden offenbar nicht. Vertreter des Zivilschutzes im Bundesstaat Guerrero sagten, im berühmten Badeort Acapulco und der Küstenregion seien keine Verletzten

oder größeren Schäden zu beklagen.
WELT.de/AFP/AP

Frau beißt Mann die Zunge ab

Erst streiten sie sich, dann küssen sie sich heftig - eine schmerzhaftere Sache für einen 26-Jährigen aus Rheinland-Pfalz. Chirurgen leisten anschließend ganze Arbeit

Zunge - Schmuckfoto des Sängers Marius Müller-Westernhagen Foto: ddp

Cochem - Beim Küssen hat eine Frau in der Nähe von Cochem in Rheinland-Pfalz ihrem Freund einen Teil der Zunge abgebissen. Das Paar habe sich am Silvesterabend nach einem heftigen Streit zunächst versöhnt, berichtete Polizei am Freitag.

Dann folgte den Angaben zufolge eine ebenso heftige Knutschorgie. Dabei schnappte die 35-Jährige zu.

Ob die Küsserin dies absichtlich getan hat, war zunächst unklar. Das Zungenstück wurde ihrem 26 Jahre alten Freund im Krankenhaus wieder angenäht.

WELT.de/dpa

Geringere Steuern, höhere Arztkosten

Einige der Sozialreformen in Deutschland treten am Neujahrstag in Kraft. Was sich für die Bürger ab sofort ändert

Berlin - Steuerreform: Die Bürger werden um insgesamt rund 15 Milliarden Euro entlastet. Der Eingangssteuersatz sinkt von 19,9 auf 16 Prozent, der Spitzensteuersatz von 48,5 auf 45 Prozent. Der Grundfreibetrag, also der steuerfreie Teil des Einkommens, steigt pro Person von 7235 auf 7664 Euro. Für Mütter oder Väter, die mit ihren Kindern allein in einem Haushalt leben, gibt es einen zusätzlichen Entlastungsbetrag in Höhe von 1308 Euro jährlich.

Steueramnestie: Steuer-sünder bekommen eine Chance, ihre Weste rein z zu waschen. Wer am Fiskus vorbei geschleustes Geld 2004 nachträglich angibt, muss nur einen pauschalen Steuersatz von 25 Prozent zahlen. Wer sich erst im ersten Quartal 2005 auffrafft, muss 35 Prozent berappen.

Pendler: Der Weg zur Arbeit wird für viele teurer. Die Pauschale wurde auf 30 Cent je Kilometer gekürzt. Bisher konnten für die ersten zehn Kilometer 36 Cent und für jeden weiteren Kilometer 40 Cent steuerlich geltend gemacht werden.

Eigenheimbau: Bei der Eigenheimzulage bekommen Häuslebauer ab sofort zumeist weniger Geld vom Staat. Die jährliche Grundförderung sinkt von maximal 2556 Euro bei Neubauten und 1278 Euro bei Altbauten auf einheitlich 1250 Euro. Die Kinderzulage wurde allerdings von 767 auf 800 Euro erhöht. Ausbauten und Erweiterungsbauten werden nicht mehr gefördert.

Versicherung: Der Abschluss von neuen Lebensversicherungen ist weniger attraktiv. Der staatliche Garantiezins sank von 3,25 auf 2,75 Prozent.

Was Gesundheit kostet

Medikamente: Für Krankenversicherte und Patienten gilt eine höhere Eigenbeteiligung. Die Zuzahlung bei Arzneimitteln oder Klinikaufenthalten ist dabei auf zwei

Prozent des Einkommens begrenzt, bei chronisch Kranken auf ein Prozent. Kinder und Jugendliche bis 18 Jahre sind befreit.

Arztbesuch: Pro Quartal muss der Patient beim ersten Arzt oder Zahnarzt zehn Euro Praxisgebühr zahlen, sofern er keine Überweisung hat. Ausgenommen sind Termine zur Vorsorge oder für Schutzimpfungen.

Brillen: Kosten für die Sehhilfen werden nur noch in Ausnahmefällen erstattet. Für Fahrten zum Arzt muss der Patient künftig selbst aufkommen. Sterbegeld und Entbindungsgeld entfallen.

Kassenbeiträge: Im Gegenzug für die höheren Belastungen versprechen viele gesetzliche Krankenkassen zum Jahresbeginn gesenkte Beiträge. Um gesundheitsbewusstes Verhalten zu belohnen, dürfen die Kassen Bonusprogramme auflegen.

Wenn der Arbeitsplatz wegfällt

Arbeitslosengeld: Das Gesetz für die verkürzte Bezugsdauer von grund-

sätzlich zwölf Monaten ist zwar in Kraft. Wegen Übergangsfristen greift die Änderung aber erst ab 2006.

ABM: Wirksam werden ab sofort die Änderungen aus dem Hartz-III-Gesetz. Es sieht vor, dass Beschäftigte einer Arbeitsbeschaffungsmaßnahme (ABM) nicht mehr in die Arbeitslosenversicherung einbezogen sind.

Die Bundesanstalt für Arbeit heißt jetzt Bundesagentur für Arbeit. Job-Center betreuen künftig die Arbeitslosen. Dort müssen sich Arbeitslose sofort nach der Kündigung melden.

Kündigung: Der Schutz gilt künftig nur noch für Betriebe mit mindestens zehn statt bisher fünf Beschäftigten. Die Änderung gilt nur für Beschäftigungsverhältnisse, die ab Januar eingegangen werden.

Autozulieferer werden immer mehr zu Produzenten

Von Rüdiger Köhn

02. Januar 2004 Das Zusammenspiel zwischen den Automobilherstel-

lern und ihren Zulieferern wird sich in den nächsten zwölf Jahren wesentlich verändern. Die Produzenten werden bis 2015 rund 10 Prozent ihrer heute schon deutlich verringerten Wertschöpfung abgeben, obwohl sie ihren Ausstoß um 35 Prozent erhöhen. Sie konzentrieren sich künftig auf die Entwicklung und Produktion von Modulen und Komponenten, die für ihre jeweilige Automarke prägend sind. Die Zulieferer übernehmen im Gegenzug große Teile von Produktion und Entwicklung und werden deshalb um 70 Prozent wachsen.

Das ist das Zukunftsszenario, das die Unternehmensberatung Mercer Management zusammen mit dem Fraunhofer-Gesellschaft in einer Studie erstellt hat. Die Untersuchung "Future Automotive Industry Structure 2015" (Fast) basiert auf 60 Gesprächen mit Entscheidern von Automobilherstellern, Zulieferunternehmen und Dienstleistern. Zwar handelt es sich bei dem Betrachtungszeitraum um eine lange Periode. Vor dem Hintergrund der branchentypisch langen Ent-

wicklungszeiten und Produktzyklen von sechs bis acht Jahren relativiert sich jedoch dieser Betrachtungshorizont.

Blick auf Design, Produkterlebnis und Servicestrategien

Ausgelöst wird die von Mercer und Fraunhofer vorausgesagte Entwicklung durch neue Technologien, zunehmende Komplexität in den Fahrzeugen sowie durch die "explodierende Modellvielfalt". Das verteuert die Entwicklung und die Produktion beträchtlich. Für die Hersteller böten sich außerdem attraktivere Investitionsmöglichkeiten für Service und Dienstleistungen statt für die Produktion. Das Markenmanagement rückt stärker in den Vordergrund, weshalb der Blick auf Design, Produkterlebnis und Servicestrategien gerichtet sein müsse. Nur so könnten sich die Marken in einem Wettbewerb langfristig differenzieren, sagt Ralf Kalmbach, Automobilexperte von Mercer und Verfasser der Studie. "Autohersteller werden zu High-Tech-Markenartiklern, ihre Zulieferer übernehmen schrittweise alle Aufgaben im

Fahrzeugbau, die nicht markenprägend sind", definiert er das neue Rollenverständnis, das große Auswirkungen auf das derzeit angespannte Klima zwischen Zulieferern und Herstellern haben kann.

Verlängerte Wertschöpfungskette bei den Zulieferern

Das Segment der Autozulieferer etwa mit Bosch, Continental, Delphi, Visteon oder Magna werde die Wertschöpfung von heute 417 Milliarden Euro auf 700 Milliarden Euro bis 2015 erhöhen. Weltweit würden 3,3 Millionen meist qualifizierte Arbeitsplätze entstehen, davon allein 1,2 Millionen in Europa. Immerhin ergebe sich ein Potential von 30 Milliarden Euro an zusätzlicher Wertschöpfung. Besonders Elektrik und Elektronik werde von dem Wachstumsschub profitieren. Steckt heute durchschnittlich ein Wert von 2220 Euro an Elektronik im Auto, werde er sich auf 4150 Euro nahezu verdoppeln. Allein in der Fahrzeugelektronik würden in ganz Europa mehr als 600.000 Arbeitsplätze geschaffen. Vom gesamten Wachs-

tumsschub werden die etablierten Zulieferunternehmen aber nur mit einem Anteil von 65 Prozent profitieren.

Eine Fülle neuer Geschäftsmodelle wie System- und Produktionskooperationen, Ingenieur-Dienstleistungen, Ausgliederungen und Auftragsfertigungen veränderten die Zusammenarbeit in der Branche. "Die traditionellen Rollen des Zulieferers als Leistungserbringer und des Autounternehmens als Leistungsbezieher löst sich auf", sagt Kalmbach. Vielfach würden die Hersteller Komponentenwerke ausgründen, an denen sich Zulieferer beteiligten. Darüber hinaus dürften Zulieferer und Dienstleister zunehmend die Gesamtverantwortung über alle Wertschöpfungsstufen erhalten, weshalb sie untereinander stärker kooperieren würden. Innovative Konzepte könnten dabei der seit zehn Jahren oft zu beobachtenden Margenerosion entgegenwirken. Autohersteller und Zulieferer könnten eine um 3 Prozentpunkte höhere Marge bezogen auf das Ergebnis vor Zinsen und Steuern erzielen.

Eigenleistung der Hersteller wird im Durchschnitt sinken

Bereits heute bauen die Hersteller ihre Autos nur noch zu 35 Prozent selbst. Je Auto beträgt die Eigenleistung durchschnittlich noch 4000 Euro. Bis 2015 sinkt sie laut Mercer und Fraunhofer auf 2670 Euro oder 23 Prozent. Nur wenige Autounternehmen werden ihre Eigenleistung absolut erhöhen (siehe Grafik). Dazu gehören die Premiummarken Audi, BMW und Mercedes. Vor allem die Volumenmarken verringern sie um bis zu 33 Prozent, während der durchschnittliche Rückgang bei 15 Prozent liegt. Der Anteil der Eigenleistung wird daher bei den Premiummarken im Schnitt auf 26 Prozent, bei den Volumenherstellern auf 22 Prozent sinken.

Die Automobilindustrie erwirtschaftet heute mit 8,8 Millionen direkten Arbeitsplätzen rund 15 Prozent des Welt-Bruttosozialprodukts und wird auch in Zukunft für Mercer und das Fraunhofer-Institut zu den wichtigsten Wirtschaftszweigen gehören. Die Wertschöpfung in Entwicklung und

Produktion werde bis 2015 jährlich um 2,6 Prozent von 645 Milliarden Euro auf 903 Milliarden Euro steigen.

Frankfurter Allgemeine Zeitung

Zahl der Drogentoten weiter rückläufig

02. Januar 2004 Die Zahl der Drogentoten ist im vergangenen Jahr auf den niedrigsten Stand seit mindestens 13 Jahren gesunken. 2003 starben nach vorläufigen Angaben deutschlandweit 1.330 Menschen an den Folgen ihrer Rauschgiftsucht, 2002 waren es 1.513. Der Rückgang bei den bundesweiten Zahlen beträgt den vorläufigen Zahlen zufolge rund 12,1 Prozent. Die Zahlen sinken seit drei Jahren, im Jahr 2002 war die Zahl um 17,5 Prozent auf den niedrigsten Stand seit damals zwölf Jahren gesunken.

Die Drogenbeauftragte der Bundesregierung, Marion Caspers-Merk, warnte angesichts des rückläufigen Trends vor einem Abbau von Anti-Drogen-Programmen. Besorgnis erregend nannte Caspers-Merk den hohen Anteil von

Spätaussiedlern an den Drogensüchtigen.

„Anti-Drogen-Programme fruchten“

Caspers-Merk sagte am Freitag, die Anti-Drogen-Programme, wie Drogenkonsumräume, das Verteilen sauberer Spritzen und Beratungen zeigten Wirkung. Caspers-Merk rief die Bundesländer dazu auf, trotz der geplanten Sparmaßnahmen die Mittel für die Drogenbekämpfung nicht zu kürzen. Nötig sei ein gut ausgebautes Netz an Beratungs- und Anlaufstellen, vor allem in den sozialen Brennpunkten der Großstädte.

Als Besorgnis erregend bezeichnete die Staatssekretärin im Bundesgesundheitsministerium, daß immer mehr Jugendliche Haschisch und synthetische Drogen konsumierten. Zum Anteil der Spätaussiedler an den Drogentoten sagte die SPD-Politikerin, die so genannten Rußlanddeutschen kämen teils schon heroinsüchtig nach Deutschland oder gelangten über ihre Cliquen sehr schnell zu sehr harten Drogen. In Bayern stieg die Zahl der an Drogenkonsum

gestorbenen Aussiedler um 62,5 Prozent auf 26, wie das Landesinnenministerium mitteilte.

Leichter Anstieg in Bayern und Niedersachsen

Die meisten Drogentoten registrierte im vergangenen Jahr das bevölkerungsreichste Bundesland, Nordrhein-Westfalen: Hier starben 356 Süchtige, die Zahl sank im Vergleich zu 2002 um 29. In Baden-Württemberg wurden 172 Tote nach 200 im Jahr 2002 gemeldet, in Hessen sank die Zahl von 113 auf 108, in Hamburg halbierte sie sich fast auf 30 Tote. Todesursache war meist eine Überdosis Heroin, zunehmend jedoch im Mix mit anderen Drogen wie Kokain. In der Hauptstadt Berlin starben bis Ende Oktober 127 Menschen an Rauschmitteln, nach 139 im gleichen Zeitraum des Vorjahrs. In Schleswig-Holstein registrierte das Landeskriminalamt mit 31 Toten die niedrigste Zahl seit elf Jahren. In Rheinland-Pfalz sank die Zahl von 66 auf 56, im Saarland blieb sie den Angaben zufolge mit 15 gleich.

In Mecklenburg-Vorpom-

mern starb ein Drogen-süchtiger, nach fünf im Jahr 2002. In Sachsen wurden elf Drogentote registriert, acht weniger als 2002, in Brandenburg starben sieben Drogensüchtige, im Jahr zuvor waren es acht. Einen leichten Anstieg registrierte dagegen Bayern: Dort starben vorläufigen Angaben zufolge 220 Drogensüchtige, 2002 waren es 217. Auch in Niedersachsen stieg die Zahl leicht an, von 117 auf 119. Mehr Drogentote als 2002 wurden auch in Bremen gezählt, wo 62 Süchtige starben nach 56 im Jahr zuvor. Mehr Drogentote verbuchten auch Thüringen und Sachsen-Anhalt mit einem Anstieg von acht auf zehn, beziehungsweise von vier auf fünf.

Caspers-Merk verwies zudem darauf, daß im vergangenen Jahr 40.000 bis 60.000 Menschen an den Folgen übermäßigen Alkoholkonsums gestorben seien und kündigte an, die zuständigen Bundesministerien würden noch im Januar über eine Abgabe auf „Alcopops“ genannte Alkoholmischgetränke beraten.

Text: AP

Islamistenführer Mullah Krekar festgenommen

02. Januar 2004 In Norwegen ist der geistliche Führer der Islamisten-gruppe Ansar al Islam, Mullah Krekar, nach Angaben seines Bruders festgenommen worden. Chalid Faradsch Ahmad sagte der Nachrichten-agentur AP, mehrere Polizisten hätten Krekar am Freitag in seinem Haus in Oslo abgeholt.

Krekars Anwalt Brynjar Meling sagte der norwegischen Nachrichten-agentur NTB, gegen seinen Mandanten seien neue Vorwürfe erhoben worden. Welche, wisse er nicht. Ansar al Islam wird von den Vereinigten Staaten und den Vereinten Nationen als Terrororganisation eingestuft. Der amerikanische Justizminister John Ashcroft hatte während eines Besuchs in Oslo im September erklärt, Ansar el Islam unterhalte im Norden Iraks Ausbildungslager für Terroristen. Verbindungen zur Al Qaida hat Krekar stets dementiert, deren Anführer Usama bin Ladin er aber als guten Muslim bezeichnet. Er wies auch eine Verwicklung in die Bom-

benanschläge in Irak zurück.

Krekar war am 12. September 2002 in Amsterdam festgenommen worden, nachdem Iran ihm die Einreise verweigert hatte. Er wurde in den Niederlanden zwei Mal von Beamten der amerikanischen Bundespolizei FBI verhört und im Januar 2003 nach Norwegen ausgewiesen. Dort lebt Krekar seit mehr als zehn Jahren als Flüchtling.

Bin Ladin „das Juwel des Islams“

Im April wurde er aus dem Gefängnis entlassen, nachdem ein Richter keine ausreichenden Haftgrund feststellen konnte. Die Polizei ließ den Vorwurf des Terrorismus schließlich fallen, ermittelte aber weiter gegen ihn. Die norwegischen Behörden hatten in jüngster Zeit Krekars Status als Flüchtling in Zweifel gezogen. Zur Begründung hieß es, er reise inzwischen regelmäßig nach Irak. Von dort war er während der Herrschaft Saddam Huss-eins geflohen.

Versuche, Mullah Krekar aus dem norwegischen

Exil. Versuche auszuweichen, scheiterten bisher. Von Norwegen aus reiste Krekar, der Bin Ladin einmal „das Juwel in der Krone des Islams“ genannt haben soll, durch Europa und warb wohl auch in Deutschland für Unterstützung. In München hatte die Polizei erst im Dezember mehrere Ansar-Mitglieder verhaftet, von denen es nach Angaben des Verfassungsschutzes in Deutschland insgesamt etwa hundert gibt. Den Festgenommenen wurde vorgeworfen, Selbstmordattentäter in den Irak geschleust zu haben.

Text: AP

Fehler vor den Feiertagen

02. Januar 2004 Informationen über mutmaßliche Terroristen, aufgrund derer die amerikanische Regierung über Weihnachten die Streichung von sechs Flügen der französischen Fluggesellschaft Air France verlangt hatte, wiesen nach einem Zeitungsbericht schwere Fehler auf.

Wie das „Wall Street Journal“ unter Berufung auf französische Anga-

ben berichtet, hatte es bei drei Passagieren, die bei den amerikanischen Sicherheitsbehörden Verdacht erregt hatten, Verwechslungen gegeben. So sei eine Person, die die Amerikaner als Anführer einer tunesischen Terroristengruppe identifiziert hatten, ein Kind gewesen. Ein anderer mutmaßlicher Terrorist habe sich als harmloser Versicherungsmakler aus Wales entpuppt und eine verdächtige Frau als ältere Chinesin.

Warnungen auch an Neujahr

Auch zum Jahreswechsel waren Flüge in die Vereinigten Staaten aufgrund von Terrorwarnungen gestrichen oder Passagiere für Stunden am Verlassen von Flugzeugen gehindert worden. Neujahr wurde ein Flug der Fluggesellschaft British Airways von Heathrow nach Washington aus Anordnung der britischen Regierung gestrichen.

Auf dem internationalen Flughafen von Washington wurden am Sylvesterabend Passagiere eines British-Airways-Fluges von amerikanischen Ermittlern kontrolliert und

zum Teil befragt, bevor sie aussteigen durften. Man habe nicht nur wegen verdächtiger Namen Verdacht geschöpft, sondern auch aufgrund „tatsachenbezogener“ Informationen der Nachrichtendienste, sagten Mitarbeiter amerikanischer Sicherheitsbehörden. Ein weiteres Flugzeug von British Airways sei am Neujahrsabend nachkontrolliert worden, bevor es den Washingtoner Flughafen habe verlassen dürfen.

Air France Maschinen eskortiert

Nach Flügen aus Großbritannien und Frankreich sind über Neujahr auch Verbindungen aus Mexiko in die Vereinigten Staaten aufgrund von Sicherheitsbedenken der amerikanischen Behörden abgesagt worden. Außerdem hatten amerikanische Kampfflugzeugmaschinen der Air France nach Los Angeles eskortiert, da Flugzeuganschlüsse befürchtet wurden. Aus Regierungskreisen in Washington verlautete, der Geheimdienst sei weiterhin besorgt wegen glaubwürdiger Informationen über Terrorgefahren auf Flügen von Paris und Mexi-

ko-Stadt nach Los Angeles.

Die Vereinigten Staaten hatten vor Anschlägen der Al Qaida während der Feiertage gewarnt und die Sicherheitsmaßnahmen im ganzen Land verschärft. Die mexikanische Fluggesellschaft Aeromexico strich an Neujahr am zweiten Tag in Folge einen Flug von Mexiko-Stadt nach Los Angeles und begründete dies mit amerikanischen Sicherheitsbedenken. Aus mexikanischen und amerikanischen Regierungskreisen verlautete, man habe befürchtet, daß mutmaßliche Entführer möglicherweise Flugtickets gebucht hätten.

Auch BA streicht Flüge

Zuvor hatte bereits die britische Fluglinie British Airways (BA) ihren Neujahrsflug Nummer 223 von London-Heathrow nach Washington abgesagt. Die Fluggesellschaft kündigte an, ihren für Freitag nachmittag vorgesehenen Flug von London nach Washington überprüfen zu wollen. Auf einem Treffen am Vormittag sollte eine Entscheidung gefällt werden. Ein Lufthansa-Sprecher sagte, es seien kei-

ne Transatlantikflüge gestrichen worden und es seien auch keine Streichungen geplant. Der Flugbetrieb sei völlig normal.

Die „Washington Post“ berichtete, amerikanische Kampffjets vom Typ F-16 hätten am Dienstagabend und am Mittwoch mindestens zwei Air-France-Maschinen zum Flughafen Los Angeles eskortiert. Diese Informationen wurden in Regierungskreisen bestätigt. Die Maßnahme habe sicherstellen sollen, daß die Maschinen auf Kurs blieben. Die Absage von sechs Air-France-Flügen in der vergangenen Woche war mit Informationen eines amerikanischen Geheimdienstes begründet worden. Dieser hatte die Namen mehrerer Passagiere als verdächtig beurteilt. Das „Wall Street Journal“ berichtete, die amerikanische Bundespolizei FBI habe der französischen Polizei am 22. Dezember eine Liste mit Namen von sechs Verdächtigen und Informationen übermittelt, dabei sei es zu Fehlern bei der Namensübermittlung gekommen.

Sicherheitsbedenken

auch bei mexikanischen Flügen

Am späten Donnerstagabend teilten die amerikanische Botschaft in Mexiko und Aeromexico in einer Erklärung mit, daß der Flug Nummer 490 wie in der Silvesternacht auch am Neujahrsabend gestrichen worden sei. Mexiko hat die Sicherheitsstufe an seinen Flughäfen in dieser Woche um eine Stufe auf das zweithöchste Niveau erhöht und bewaffnete Sicherheitskräfte in Zivil für alle Flüge in große amerikanische Städte abgestellt, um über die Feiertage Anschlägen im Luftverkehr vorzubeugen.

„Es gab eine Information des (amerikanischen) Heimatschutzministeriums über ein Sicherheitsrisiko und auf dieser Basis wurde die Landeerlaubnis in Los Angeles verweigert“, sagte ein Sprecher des mexikanischen Präsidenten Vicente Fox am Donnerstag. Das amerikanische Ministerium bestätigte, daß es für den Aeromexico-Flug Nummer 490 Sicherheitsbedenken geäußert habe. Die Entscheidung, den Flug abzusagen, sei jedoch von den

mexikanischen Behörden gefällt worden, sagte ein Ministeriumssprecher. „Wir haben die Information über die Bedrohung an die mexikanische Regierung weitergeleitet, die über die Absage entschieden hat“, sagte der Sprecher.

Die hohe Sicherheitsstufe soll so lange gelten, wie die Vereinigten Staaten für ihr Land die vor

zehn Tagen erklärte, ebenfalls zweithöchste Sicherheitsstufe „Orange“ beibehalten. Die britische BA verwies bei der Absage ihres Fluges Nummer 233 zu Neujahr auf einen Sicherheitshinweis der britischen Regierung, ohne nähere Angaben zu machen. Die an Silvester unter derselben Nummer fliegende BA-Maschine war auf dem Rollfeld des Wa-

shingtoner Flughafens Dulles gestoppt worden. Sicherheitskräfte durchsuchten die Maschine und befragten stundenlang die Passagiere.

Text: gel., Frankfurter Allgemeine Zeitung 2. Januar 2003,

This text has been copied from the "Süddeutsche Zeitung, Die Welt, Frankfurter Allgemeine Zeitung" with the purpose to demonstrate German (new) hyphenation only. The text was processed using *TALÖ's formatter software.
22 december 2003